



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

142. Ratssitzung vom 21. Mai 2025

4623. 2024/395

Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.08.2024:
Studie über die Kostenfolgen bei einer Schliessung von einem Drittel der Heime der Interessengemeinschaft gemeinnütziger Altersinstitutionen (iga-Heime) und Ersatz der Pflegebetten durch gewinnorientierte Heime

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Walter Anken (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3588/2024):** Bevor ich zu diesem Geschäft komme, muss ich einen kurzen Hintergrund zu den anschliessenden Postulaten liefern, die ich zusammen mit Kollegen der SVP eingereicht habe. Die vier Postulate sind nach einer intensiven Diskussion mit Alt-Gemeinderat Markus Hungerbühler, Präsident der Interessengemeinschaft gemeinnütziger Altersinstitutionen (iga-Heime), entstanden. Auslöser ist eine Parlamentarische Initiative, die verlangt, dass neu der Gemeinderat nicht der Stadtrat die Taxen der städtischen Alterszentren festlegt. Die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat sind klar. Wir gehen davon aus, dass die Taxen daher künftig viel tiefer als die realen Kosten angesetzt werden. Die Änderung wird massive finanzielle Folgen für die privaten gemeinnützigen Altersinstitutionen haben und zum Verlust vieler Pflegebetten führen. Weder das Präsidium der iga-Heime noch die 27 angeschlossenen Heimleiterinnen und Heimleiter wollen direkt an den finanziellen Topf der Stadt angehängt werden. Das haben sie uns versichert. Deshalb versuchen wir von der SVP, den privat-gemeinnützigen Altersinstitutionen auf diesem Weg zu helfen. Das Postulat verlangt, dass eine Studie dazu erstellt wird, was es den Steuerzahler kosten würde, wenn ein Drittel der iga-Heime wegen der zu tiefen Kosten schliessen müsste. Das ist eine reale Gefahr. Was müsste der Steuerzahler zahlen, wenn die verlorenen Pflegebetten zu den gewinnorientierten Heimen abwandern? Die Stadt Zürich kann es sich angesichts der demografischen Entwicklung nicht leisten, dass privat-gemeinnützige Altersinstitutionen aus dem Markt gedrängt werden. Sie stellen ungefähr 2000 Betten zur Verfügung. Dass Menschen immer älter werden, ist seit Jahren bekannt und schön. Dass die geburtenreichen Jahrgänge sukzessive in Rente gehen, ist auch bekannt. In Zukunft genügend Betten zu haben, ist eine Herausforderung. Die andere sind die massiv steigenden Gesundheitskosten, die seit Jahren Spitzenreiter im Sorgenbarometer der Bevölkerung sind. Mir ist schleierhaft, warum der Stadtrat das Postulat nicht entgegennimmt.*



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Es verlangt eine Studie, die untersucht, was es hiesse, wenn ein Drittel aller iga-Betten geschlossen würde. Die Postulanten gehen davon aus, dass all jene, die jetzt in ein iga-Heim gehen wollen, nachher in eine private, gewinnorientierte Institution mit höheren Preisen gehen. Ich kann Ihnen sagen, dass beides nicht zutreffen wird. Stand heute haben wir in der Stadt Zürich genug Pflegebetten und wir haben auch morgen noch genug Betten. Das belegt die Obsan-Studie, die wir im Rahmen der Altersstrategie gemacht haben und das belegt auch die Obsan-Studie des Kantons. In den letzten fünf Jahren wurden zwei kleinere gemeinnützige Institutionen geschlossen. Diese konnten im Markt problemlos aufgefangen werden. Stand heute ist es so, dass die meisten Altersinstitutionen eher damit kämpfen, eine wirtschaftlich sinnvolle Auslastung zu erreichen. Fast alle Heime könnten heute problemlos relativ rasch Leute aufnehmen. Diese Problematik stellt sich also tatsächlich nicht. Mit Markus Hungerbühler sprechen wir auch regelmässig. Gegenüber uns hat er dieses Anliegen noch nie so klar geäussert. Die iga-Heime haben Bedenken wegen der Taxen und befürchten, dass sie in einen Konkurrenznachteil kommen. Das ist natürlich so. Der Konkurrenznachteil besteht. Aber es besteht überhaupt keine Gefahr, dass die privat-gemeinnützigen Institutionen schliessen müssen, weil wir sie aus dem Markt drängen. Der Stadtrat hat kein Interesse daran, sie aus dem Markt zu drängen. Sie machen einen guten Job, es braucht sie heute und in Zukunft. Wir sind dagegen, Steuergelder für eine Studie auszugeben, die mit der Realität nichts zu tun haben wird.*

Weitere Wortmeldungen:

Deborah Wettstein (FDP): *Was das Postulat vorschlägt, ist am Ende nichts anderes als eine aufwendige Rechnung für ein hypothetisches Gedankenspiel. Mit der Schliessung eines Drittels der iga-Heime wird ein Szenario konstruiert, das nichts mit der Realität zu tun hat. Es gibt weder einen politischen Entscheid noch eine wirtschaftliche Entwicklung, die eine solche Annahme rechtfertigen würde. Trotzdem soll die Verwaltung mit viel Aufwand untersuchen, was das kosten könnte. Wofür? Sicher nicht, um reale Herausforderungen zu lösen, sondern um Symbolpolitik zu betreiben. Die FDP-Fraktion stellt sich gegen diese Art von Politik und gegen den reflexartigen Alarmismus, der mit Angst anstatt mit Fakten arbeitet. Auf die Stadt Zürich kommen in den nächsten Jahren tatsächlich Herausforderungen zu. Deshalb haben wir mit der Altersstrategie 2035 einen klaren Fahrplan. Dort ist bewusst die Reduktion von bis zu 600 Pflegeplätzen vorgesehen, weil man mehr auf ambulante und flexible Wohn- und Pflegeformen setzt. Das ist eine Strategie, die auf Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Effizienz fusst. Wieso eine Studie fordern, die ein Szenario untersucht, das der städtischen Strategie widerspricht? Das ist nicht nur widersprüchlich, sondern lähmt die Verwaltung. Diese hat mit der Umsetzung realer Reformen genug zu tun. Sie mit einer theoretischen Kostenstudie zu beauftragen, ist weder wirtschaftlich noch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber verantwortungsvoll. Die Haltung gegenüber privaten Pflegeanbietern schwingt ebenfalls mit. Es wird so getan, als wäre gewinnorientiert gleichbedeutend mit unsozial. Aber private*



Heime leisten schon heute einen wichtigen Beitrag unter klaren gesetzlichen Auflagen und mit hohen Qualitätsstandards. Was wir brauchen, ist Vielfalt in den Angeboten, Wettbewerb und Innovation. Das Postulat ist eine teure politische Inszenierung, kein sinnvoller Beitrag zur Altersstrategie. Es erfindet ein Problem nur um eine Diskussion zu führen.

David Ondraschek (Die Mitte): *Dieser Vorstoss ist hypothetischer Natur und will Steuergelder für ein willkürliches Szenario verschwenden. Einer konkreten Schliessungsgefahr privater gemeinnütziger Altersinstitutionen – geschweige denn jeder dritten dieser Institutionen – fehlt die Grundlage. STR Andreas Hauri hat darauf verwiesen, dass es in den letzten fünf Jahren genau zwei Schliessungen gab. Die konkrete Pflegebettenplanung des Kantons liegt noch nicht vor, aber in der Tendenz wird es weniger brauchen. Entsprechend hat die Stadt weniger Betten in Planung. Auch das widerspricht einem möglichen Szenario von Massenschliessungen. Die Stadt pflegt einen Dialog mit der iga-Heime und ist offen für deren Anliegen. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt das Postulat ab.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Wir gehen mit den nächsten drei Traktanden tiefer und tiefer in die Diskussion zum Thema Taxen und Alterszentren. Ich freue mich, wenn wir in absehbarer Zeit über die Kompetenzverschiebung sprechen können. Dann können wir eine offene und ehrliche Diskussion führen. Dass die privaten gemeinnützigen Akteure wichtig sind, steht ausser Frage. Mich erstaunt das Misstrauen einer vermeintlich wirtschaftsfreundlichen und liberalen Partei gegenüber bestimmten Marktmechanismen. So etwas klingt eher nach linker Politik. Die Forderung basiert auf einem konstruierten Worst-Case-Szenario, ohne konkrete Hinweise dafür zu haben. Das widerspricht der GLP extrem. Für uns riecht es nach Protektionismus. Als Partei sind wir der Meinung, dass es immer mal wieder einen Wandel braucht und Protektionismus die Entwicklung neuer Pflegeformen hemmt. Das Postulat fordert «eine umfassende Studie mit genauen Berechnungen» aufgrund einer hypothetischen Basis. Das ist mit personellen und finanziellen Kosten verbunden und eine völlig ineffiziente Ressourcenverteilung. Wir verschliessen uns einer ehrlichen Diskussion nicht – aber ohne diese finden wir das überhaupt nicht sinnvoll.*

Florian Utz (SP): *Bei diesem Vorstosspaket sieht man mustergültig, was passiert, wenn eine private Lobbyorganisation eine ganze Partei übernimmt. Der Vorstoss entstand nicht in einem luftleeren Raum, sondern im Kontext der Gebührenerhöhung, die der Stadtrat auf das Jahr 2024 hin umgesetzt hat. Die nächste ist auf das Jahr 2027 geplant. Dabei handelt es sich um Gebührenerhöhungen, die im Gemeinderat auf Widerstand stiessen. Die SP, die Grünen, die AL und zunächst auch die SVP haben sich dagegen ausgesprochen. Mindestens ursprünglich blieb die SVP ihrem Grundsatz treu, die Bürgerinnen und Bürger nicht immer mit neuen und höheren Gebühren zu belasten. Heute kündigt Walter Anken (SVP) relativ klar eine Kehrtwende an. Das Vorstosspaket hat sich die SVP nicht selber ausgedacht. Markus Hungerbühler kam als Präsident der Lobbyorganisation auf die SVP zu, gab eine Wunschliste ab und die SVP folgte als Sprachrohr der Lobbyorganisation deren Wunschliste. Die SP schaute die Wunschliste differenziert an. Wir überlegten, was im Interesse der Bevölkerung ist und was nur dem Interesse der privaten Lobby dient. Es hat einige Elemente, von denen auch die Bewohnerinnen und Bewohner der privaten Alterszentren profitieren. Wir unterstützen jene Vorstösse, die dazu führen,*



dass bei den Menschen ein Output entsteht. Der vorliegende Vorstoss bringt aber niemandem etwas. Es geht um eine Studie, in der ein privater Verband aufzeigen will, wie wichtig er ist und wie wichtig seine Mitglieder sind. Das zu tun, ist jedem Verband freigestellt, aber es muss nicht von den Steuerzahlern finanziert werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet die SVP einen derartigen ordnungspolitischen Sündenfall begeht. Dazu kommt, dass die Übungsanlage komplett an der Realität vorbei zielt. Sie geht davon aus, dass ein Drittel der Betten nicht mehr belegt werden kann, weil die Stadt alles übernimmt. Die Zahlen, Daten und Fakten zeigen klar, dass der Marktanteil der Stadt sinkt und jener der Privaten steigt. Im Jahr 2024 – nach der Taxenerhöhung – verschärfte sich diese Tendenz sogar. Der Vorstoss ist von A bis Z missglückt. Er zeigt, dass die SVP nicht mehr schaut, was gut für das Volk ist, sondern nur noch, was gut für die Lobby ist und dass es ihr in der aktuellen Position äusserst unwohl ist.

Moritz Bögli (AL): Ich habe Florian Utz (SP) nicht mehr viel beizufügen. Es ist sehr interessant zu sehen, welche Vorstösse die Lobbyverbände über Sitzungen, die wahrscheinlich markant kürzer als unsere Debatten waren, in den Rat tragen. Dass Markus Hungerbühler als Präsident der Interessensgemeinschaft nicht zu seiner eigenen Partei Die Mitte ging, sagt viel. Offensichtlich sind die Vorstösse von so tiefer Qualität, dass sie nur von der SVP eingereicht werden. Der erste dieser vier Vorstösse ist inhaltlich so verwirrend, dass man ihn kaum unterstützen kann. Nur schon die rein hypothetische Annahme, dass die Heime durch private Gewinnorientierte geführt werden würden, ist so hypothetisch, dass es sich gar nicht lohnt, darüber zu sinnieren. Es wäre auch eine Möglichkeit, dass die Stadt die Heime übernehmen könnte, sollten sie bankrott gehen.

Walter Anken (SVP): Ich wurde in meinem Leben noch nie so missverstanden. Nicht einmal der Stadtrat hat verstanden, was ich will. Ich sagte, das Ganze laufe unter der Prämisse, dass der linke Gemeinderat die Taxen zu tief ansetzen würde. Das ging aus der Parlamentarischen Initiative klar hervor. Man will die 6500 Franken bekämpfen und das wird dazu führen – so die hypothetische Annahme –, dass ein Drittel der privatrechtlichen Institutionen Konkurs gehen könnte. Es gibt 2000 Betten, ein Drittel davon sind etwa 650. Es ist also nicht so schwierig auszurechnen, was das kosten könnte. Alle Postulate sind unter dieser Prämisse anzuschauen. Die Parlamentarische Initiative wird – so wie es aussieht – durchkommen und der Gemeinderat wird die Taxen in Zukunft zu tief ansetzen. Vielleicht täte es der linken Seite gut, mit den betroffenen Leuten zu sprechen, anstatt Fantasiegebilde zu kreieren. STR Andreas Hauri, es geht nur darum, dass gemäss Annahme der privatrechtlichen Institutionen ein Drittel der Heime nicht überleben, wenn die Taxen zu tief angesetzt werden. Es ist sinnvoll zu schauen, was es kosten wird, wenn diese zu den Privatrechtlichen übergehen. Das wird massiv Steuergelder kosten.

Das Postulat wird mit 13 gegen 99 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat